



Gemeinsames Herbsttreffen

Im Café im Kunstmuseum laden Senioren- und Frauenunion zu einem Vortrag von Dr. Loretta Seglias zur Sozialpolitik im Kleinstaat ein.

Seite 4

Wie gut funktioniert der Tierschutz in Liechtenstein?

Mit einem Postulat möchte die Fraktion der Vaterländische Union eine Überprüfung des Tierschutzgesetzes anregen. Die Regierung soll vor allem darlegen, wie wirksam das Gesetz gegen den Tatbestand der Tierquälerei ist und ob Verbesserungspotenzial besteht.



Hubert Büchel
Stv. Abgeordneter

Die Schlagzeilen der vergangenen Monate und Jahre rund um Vorfälle von Tierquälerei sorgten zu Recht für erhitzte Gemüter in der Bevölkerung. Trauriger Höhepunkt dieser Vorfälle war das schockierende Video, das bei einem landwirtschaftlichen Betrieb in Eschen entstanden ist und die grausame Hinrichtung einer Kuh zeigt.

Die Fraktion der VU im Landtag sieht sich durch diesen gesellschaftlichen Dialog veranlasst, das Tierschutzgesetz genauer unter die Lupe zu nehmen. Mit einem Postulat sollen Fragen rund um die Bemessung des Strafmasses, die Rolle des Tierschutzbeauftragten und die Wirksamkeit des Tierschutzgesetzes insgesamt geklärt werden.

Sind die Strafen zu gering?

Wenn Fälle von Tierquälereien in der Öffentlichkeit bekannt werden, wird es aus verständlichen Gründen sehr emotional. Zum Glück leben wir in einer Gesellschaft, welche solche Vorfälle, bei denen Menschen bzw. Tierhalter gegenüber wehrlosen Tieren Gewalt anwenden, verurteilt. Wird in solchen Fällen dann von den Gerichten Recht gesprochen, empfindet ein grosser Teil in der Bevölkerung das Strafmass für zu gering. Das ist im Sinne der gegebenen Emotionalität nachvollziehbar.

Mit dem jüngsten Vorstoss in diese Richtung möchte die VU-Fraktion die Regierung dazu auffordern, die aktuelle Gesetzgebung auf mögliche Defizite hin zu untersuchen. «Wo genügt das Tierschutzgesetz in Liechtenstein und wo müsste man nachbessern? Genügen die Strafrahmen im Strafgesetzbuch oder gibt es mit erhöhten Strafrahmen Potenzial, die Abschreckungswirkung zu erhöhen?», diese Fragen stellt die VU-Fraktion in ihrem Postulat.

Die Rolle des Tierschutzbeauftragten

Mit den Fällen von Tierquälerei wird in der Debatte auch immer wieder die Rolle des Tierschutzbeauftragten thematisiert. Dieser ist gemäss dem Gesetz mittlerweile



«Fall wird intensiv bearbeitet»

Im Fall der Tierquälerei auf einem Liechtensteiner Bauernhof ermittelt nun die Staatsanwaltschaft. Auch das Amt prüft Massnahmen.

Desirée Vogt

Auf einem Liechtensteiner Bauernhof ereignete sich im März dieses Jahres ein Fall von Tierquälerei. Einer Kuh wurde vor

Landwirt, der den Bauernhof bewirtschaftet, wird ermittelt. Es geht dabei um den Verdacht auf strafbare Handlungen gegen das Tierschutzgesetz.

Liechtensteiner zeigen

legt und auch ständig überwacht und kontrolliert werden, um weiteren wehrlosen und unschuldigen Tieren solche grausamen Schmerzen zu ersparen.»

stützen zu können aber noch auf ein gewiesen. «Erst wenn wir entscheiden, was die Zukunft weitergehen kann.»

Schockierende Fälle von Tierquälerei beschäftigen die Bevölkerung. Die VU-Fraktion im Landtag möchte Aufklärung durch die Regierung. Foto: Screenshot «Vaterland»

seit zehn Jahren im Amt. Im Postulat fordert die VU weiters, die Rolle des Tierschutzbeauftragten nach zehn Jahren genauer zu prüfen. Dabei erhält die Regierung auch die Möglichkeit, die Funktion genauer zu durchleuchten und wo nötig Anpassungen vorzunehmen. Schliesslich ist es in jedem modernen Unternehmen Standard, dass

«Gibt es mit erhöhten Strafrahmen Potenzial, die Abschreckungswirkung zu erhöhen?»

Funktionsprofile hinsichtlich ihrer Wirksamkeit regelmässig überprüft werden. Die Postulanten halten nach zehn Jahren eine solche Überprüfung für angezeigt.

Bei manchen herrscht Unverständnis darüber, dass der aktuelle Tierschutzbeauftragte nicht in Liechtenstein lebt und arbeitet. Es handelt sich um einen liechtensteinischen Veterinärmediziner, der in Oberösterreich praktiziert. Der VU-Fraktion ist es ein Anliegen, zu betonen, dass es bei der Prüfung des Funktionsprofils nicht das Ziel ist, dieser Person ein schlechtes Arbeitszeugnis auszustellen oder die Eignung in Frage zu stellen. Im Gegenteil: Um so ein verantwortungsvolles Amt ausüben zu können sind das Profil des Tierschutzbeauftragten und die erforderlichen Ausbildungen sehr umfangreich. Auch bei diesem Thema bekommt die Regierung in der Postulatsbeantwortung die Möglichkeit, der Öffentlichkeit darzulegen, warum der Tierschutz in Liechtenstein derzeit so aufgestellt ist.

Beitrag zu sachlicher Debatte

Dass angesichts der Fälle in jüngster Zeit die Wogen hoch gehen, ist nur allzu verständlich. Darum bittet die VU-Fraktion im Landtag um objektive Aufklärung der Regierung. Die Regierung kann nach

einer eingehenden Analyse darlegen, warum sie z.B. eine Verschärfung des Strafmasses befürwortet oder eben nicht. Somit kann dies auch gegenüber der Öffentlichkeit transparent und nachvollziehbar begründet werden. Die VU-Fraktion erhofft sich davon mehr Informationen rund um das Thema Tierschutz, damit die notwendigen politischen Debatten sachlich weitergeführt werden können.

Zudem ist den Postulanten bei der genaueren Betrachtung des aktuellen Tierschutzgesetzes aufgefallen, dass die Regierung bei der letzten Reform des Strafgesetzbuches im Jahr 2019 in der «Nebengesetzgebung» (u.a. im Tierschutzgesetz, Strassenverkehrsgesetz, Betäubungsmittelgesetz, Waffengesetz) vergessen hat, den Strafrahmen bei den Tagessätzen anzupassen, was sie nun nachholen kann. Die Fraktion der VU freut sich auf eine gute Diskussion im Landtag und erhofft sich natürlich Unterstützung von anderen Parteien, um eine mehrheitliche Zustimmung für eine Überweisung an die Regierung zu erreichen. ■



Thomas Zwiefelhofer
Parteipräsident

Editorial

Transparente Politik

Was tun Parteien eigentlich, wenn nicht gerade Wahlkampf ist? Diese Frage wurde mir tatsächlich schon öfters gestellt. Eine kurze Antwort auf die einleitende Frage könnte sein: Parteien liefern den Treibstoff für die Motoren der Demokratie: Sie identifizieren wichtige Themen und erarbeiten Lösungsvorschläge, und sie bringen Menschen zusammen und motivieren sie dazu, sich für die Gemeinschaft zu engagieren.

Unsere Klar.-Zeitung verfolgt deshalb unter anderem auch das Ziel, den VU-Mitgliedern, aber auch weiteren interessierten Einwohnern unseres Landes, die vielfältigen Aktivitäten der VU als Partei näherzubringen und die Arbeit der Partei transparenter zu machen.

Der Austausch lebt

Auch diese Ausgabe ist ein gutes Beispiel für die Vielfalt der Aktivitäten in unserer Partei. So beschäftigt sich unsere Landtagsfraktion neben strategischen auch mit aktuellen Themen und erarbeitet in der Form von parlamentarischen Instrumenten Vorstösse, wenn sie Handlungsbedarf erkennt. Tierschutz ist ein schönes Beispiel für so ein Thema, das die Menschen in Liechtenstein aktuell stark beschäftigt, und die Landtagsfraktion der VU möchte deshalb mit einem Postulat zur Diskussion stellen, ob hier nicht Handlungsbedarf besteht. Der stv. Landtagsabgeordnete Hubert Büchel stellt das Postulat hier näher vor.

Gearbeitet wird in der Partei aber auch in den verschiedenen Unionen, wie wir in der VU die verschiedenen Unterorganisationen nennen. So hat sich Claudia Bartholdi, Vorstandsmitglied der Frauenunion, mit dem Thema der gendergerechten Sprache beschäftigt und nimmt zu diesem heiss debattierten Thema Stellung. Unser Generalsekretär Michael Winkler kennt die Thematik aus seiner journalistischen Vergangenheit ebenfalls gut und kommentiert das Thema aus seiner Sicht. Auch das macht eben eine funktionierende Partei aus: aktuelle gesellschaftliche Themen gemeinsam zu diskutieren und so zur Meinungsbildung beizutragen. ■

Impressum «klar.»

Herausgeberin: Vaterländische Union
Redaktion: Michael Winkler
Druck: Samedia Partner AG, 9469 Haag
Adresse: Vaterländische Union, Parteisekretariat, Wilhelm Beck Haus, Fürst-Franz-Josef-Strasse 13, 9490 Vaduz
Redaktion: Tel. +423 239 82 82, E-Mail: michael.winkler@vu-online.li, Internet: www.vu-online.li



Streikende Bauarbeiterinnen und der Ärztinnenkongress

Geschlechtergerechte Sprache ist vor allem dann barrierefrei, wenn auf Verunstaltungen verzichtet wird.



Claudia Bartholdi*
Vorstandsmitglied
der Frauenunion

In Schaan findet im November der 20. Ärztinnenkongress statt und Bauarbeiterinnen versammeln sich heute zu einer Demonstration in Vaduz. Das stimmt beides nicht. Genauso wie es nicht stimmt, dass am Kongress keine Ärzte teilnehmen und die Bauarbeiter dem Streik fernblieben – sollte es doch noch so weit kommen...

Weibliche Formen mitgemeint

Wenn die männliche Form nicht genannt wird, fällt es schwer, gleichzeitig auch die Bauarbeiter und die Ärzte vor sich zu sehen. Wenn man jedoch weiss, dass Männer im generischen Femininum mitgemeint sind, fällt es leichter. Nein. Denn so ist und bleibt mindestens eine «Gruppe» unsichtbar. Sie wird bewusst versteckt. Und das seit Jahren, wenn eingangs eines Textes zu lesen ist: Aufgrund der besseren Lesbarkeit sind die weiblichen Formen selbstverständlich jeweils mitge-

meint. Ob es nun die femininen, maskulinen, diversen oder nicht-zuzuordnenden Gruppen sind, spielt keine Rolle. Sprache kann sichtbar machen – oder sie kann verstecken.

Inklusion statt Sprachverwirrung

Berichten wir also beispielsweise vom 20. Fachkongress der ärztlichen Belegschaft oder darüber, dass die Arbeitskräfte auf dem Bau beschlossen haben zu streiken, dann benennen wir alle Personen und alle Personengruppen. Es findet Inklusion statt.

Wir müssen uns nicht umständlicher Genderschreibweisen mit dem Einsatz von Sonderzeichen und typografischen Mitteln bedienen. Kein Binnen-I (BauarbeiterInnen), Gendergap (Bauarbeiter_innen), Genderstern (Bauarbeiter_bzw. Genderdoppelpunkt (Bauarbeiter*innen bzw. Bauarbeiter:innen) oder BauarbeiterInnen.

Softwareprobleme vorprogrammiert

Diese Genderschreibweisen sind vielfach nicht nur grammatisch falsch, sondern können sogar problematisch sein – obwohl löblich angedacht im Sinn der Inklusion. Wenn blinde und sehbehinderte



Bei vielen schafft die Debatte über Gender-Sprache mehr Verwirrung als Klarheit.

Foto: iStock

Personen Texte lesen, findet das in erster Linie über das Hören statt. Dabei kann ein Computerprogramm wie beispielsweise ein Screenreader etwas vorlesen oder auch eine Person, die als Assistenz auftritt. Genderneutrale Formen («Team» statt «Mitarbeiterin-

nen und Mitarbeiter» oder «Mitarbeiter*innen») stellen dabei kein Problem dar und sind deshalb die empfohlene Schreibvariante des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbandes DBSV. Gendern durch Satz- und Sonderzeichen und Binnen-I wird jedoch

als schwierig empfunden, da sie beim Vorlesen entweder überlesen oder mit vorgelesen werden, was den Vorlesefluss stört.

Wenn Computersysteme Texte vorlesen, gibt es unterschiedliche Möglichkeiten, wie Satz- und Sonderzeichen behandelt werden.

Wie gut ist Liechtenstein für Naturkatastrophen gerüstet?

Mit einer Interpellation will die VU-Fraktion unter den Eindrücken von Unwetterereignissen in unseren Nachbarländern einige Fragen an die Regierung adressieren. Die Regierung soll darlegen, wie gut das Land auf Extremwetterereignisse gerüstet ist und wo gegebenenfalls noch Optimierungspotenzial vorhanden ist.



Peter Frick
Landtagsabgeordneter

In unserer Interpellation möchten wir von der VU-Fraktion der Regierung Gelegenheit geben, die Öffentlichkeit über die Strukturen im Falle von Naturkatastrophen zu informieren.

Eine Übersicht als Ziel!

An dieser Stelle ist es uns ein Anliegen, unseren Rettungsorganisationen unseren herzlichen Dank und unseren Respekt für ihren grossen Einsatz für die Sicherheit der Bevölkerung auszudrücken. Und eine wichtige Klarstellung vorneweg: Das Ziel der Interpellation ist es nicht, Kritik an der Regierung und den Institutionen zu üben. Im Gegenteil: Mit der Beantwortung der Interpellation soll im Landtag, aber auch durch die hoffentlich ausgiebige Berichterstattung in den Medien ein erhöhtes Bewusstsein dafür geschaffen werden, was bereits unternommen wird. Mit dieser eingängigen Be-



Die Unwetterereignisse und deren Verheerende Folgen in Deutschland sorgten auch in Liechtenstein für Entsetzen. Das Bild zeigt die Ahrbrücke in Altenahr (Rheinland-Pfalz) acht Tage nach der Flut.

Foto: Bettina Vier/Wikimedia Commons

trachtung soll auch die Möglichkeit geschaffen werden, womöglich Optimierungspotenzial auszumachen. Eine gute Übersicht in einem zentralen Dokument wie einer Interpellationsbeantwortung hilft unserer Ansicht nach dabei.

Mit dieser Interpellation kommen wir auch unserem Auftrag nach, den wir im Koalitionsvertrag verankert haben: «Der Staat muss

für seine Einwohnerinnen und Einwohner ein Sicherheitsgarant und verlässlicher Partner bleiben. Die dafür benötigten Ressourcen sollen effizient, wirtschaftlich und grössenverträglich eingesetzt werden. Hohe Priorität genießt der Schutz vor Naturgefahren.»

Die Fragen sind in die Bereiche «Frühwarnsysteme», «Infrastruktur», «Katastrophenschutz

allgemein» und «Behebung bzw. finanzielle Absicherung von Schäden» gegliedert. Vorsicht ist besser als Nachsicht. Anlass für die Interpellation sind die vielen Todesfälle und schweren Schäden, die von Fluten und Bränden in Mittel- und Südeuropa im Sommer zu beklagen waren. Besonders die Ereignisse in Deutschland, wo offensichtlich auch viele Fehler passiert

sind, sollten sich in unserem Land nicht zutragen. Daher sehen wir uns als Landtagsabgeordnete in der Pflicht, der Regierung die notwendigen Fragen zu stellen, damit die nötigen Vorkehrungen getroffen werden können.

Klima: Langfristige Strategien und kurzfristige Absicherung!

Dass der Klimawandel zur Häufung solcher Extremwetter-Ereignisse beiträgt, steht für die Interpellanten ausser Zweifel. So sind auch Bemühungen zur Dekarbonisierung der Industrie durchaus erstrebenswerte Ziele, sofern sich diese auf alternative Energien stützen können, die auch effektiv nachhaltig sind. Bei einer stetig steigenden Zahl der Erdbevölkerung ist das jedoch ein langfristiges Projekt. Das Bestreben zur Verhinderung solcher Ereignisse ist zwar wünschenswert, wird aber kurz- und mittelfristig wohl noch eine Utopie bleiben. Darum halten es die Interpellanten für angezeigt, Vorsorge zu treffen, dass die Auswirkungen extremer Wetterereignisse in allen möglichen Formen abgedeckt werden können. ■

Die Vorstösse im Wortlaut auf www.landtag.li

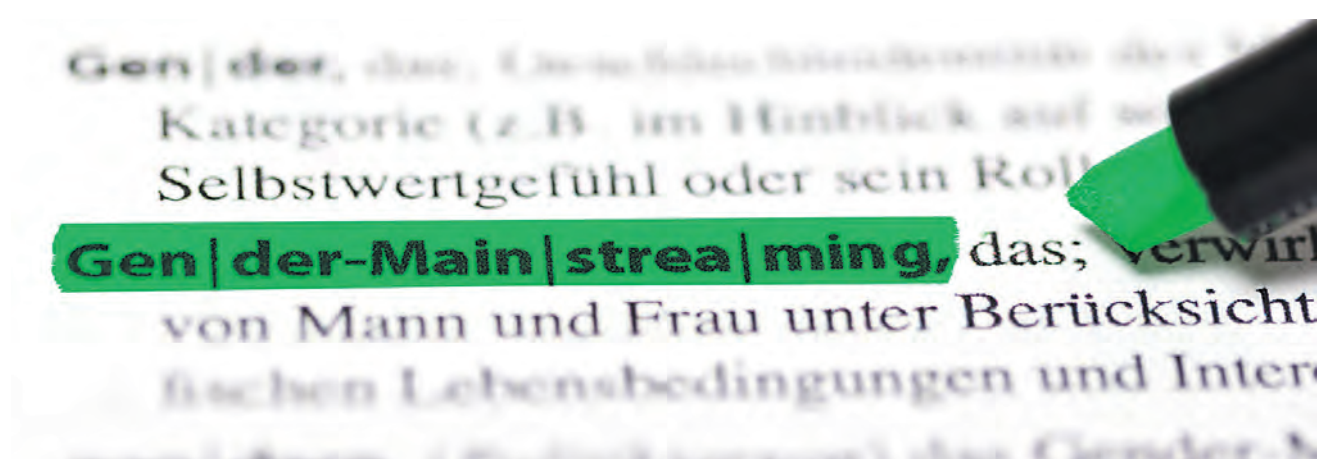
Gelingt es dem Programm, das Vorlesen bestimmter Zeichen gezielt zu verhindern, werden diese immer unterdrückt – beispielsweise wird ein Stern, der in einem Formular ein Pflichtfeld markiert, dann ebenfalls nicht vorgelesen. Das Unterdrücken wird durch eine Pause realisiert (Glottisschlag), wie auf der Website des DBSV nachzulesen ist. Kann das je nach Software allerdings nicht konfiguriert werden oder möchte man das nicht, klingt es dann so: «Bauarbeiter-Stern-innen.»

Behinderung des Leseflusses

In Bezug auf Barrierefreiheit gilt es auch, an die Ausgabe der Sonderzeichen auf dem Blindenschrift-Display zu denken, mit dem digitale Inhalte für blinde Menschen dargestellt werden. Bei Texten in Brailleschrift – auch in Papierform – müssen Sonderzeichen durch spezielle Ankündigungszeichen als solche gekennzeichnet werden, was den Lesefluss behindert. Erschwerend kommt hinzu, dass es aktuell keine einheitliche Gendervariante gibt, auf die sich vorlesende Personen und Softwareunternehmen einstellen könnten. Diese und weitere Informationen finden sich ebenfalls auf der Website des DBSV (dbsv.org).

Lesehürden beseitigen

Wenn wir also von Inklusion und Barrierefreiheit schreiben und alle Menschen in ihrer geschlechtlichen Vielfalt ansprechen möchten, formulieren wir Personenbezeichnungen entweder aus oder verwenden die geschlechtsneutralen Formen. Gerade die verschiedenen Perso-



Ist Gender-Mainstreaming ein mehrheitsfähiges Konzept?

Foto: iStock

nenbezeichnungen aufzuführen, kann jedoch einen Text schwer lesbar machen und unnötig aufblähen. Im Hinterkopf sollte stets behalten werden, dass Geschriebenes verständlich, anschaulich und angenehm lesbar sein soll. Durch das Verwenden von geschlechterneutralen Formen ist dem sehr einfach zu entsprechen. Natürlich kann nun argumentiert werden, dass dies eine Form des Versteckens ist. Doch verschwinden so alle Formen gleichwertig und wir sorgen gleichzeitig dafür, dass eine grösstmögliche Sichtbarkeit stattfindet. Die «gleichberechtigte Unsichtbarkeit» macht uns alle gleich, niemand kann sich ausgeschlossen fühlen und führt so zur «umgekehrten Sichtbarkeit».

Wie eine Umsetzung gelingt? Nicht von heute auf morgen, denn es ist zuerst einmal mühselig, ungewohnt und aufwendig, sich vom generischen Maskulinum abzuwenden. Es kostet Zeit, die wir im Arbeitsalltag und auch im Persönlichen meist nicht auf Vorrat

haben, und wenn der innerliche Wille nicht vorhanden ist, stehen uns schon mindestens zwei gegnerische Parteien gegenüber. Das heisst, wir müssen uns zuerst bewusst machen, dass künftig niemand mehr ausgeschlossen werden soll. Ist dies geschafft, können wir uns ans Tun machen.

Empfehlenswerte App

Technische Unterstützung bietet dabei beispielsweise «gender app» aus Basel, das bei der Suche nach eloquenten und geschlechtergerechten Formulierungen hilft. Im kostenlosen Wörterbuch von Josias Müllers Unternehmen kann auf der Website genderapp.org nach spezifischen Begriffen gesucht werden oder via Add-in für Microsoft Word genderspezifische Formulierungen in Echtzeit sichtbar gemacht werden. Auch kann eine Homepage einem Check unterzogen werden, wie gendergerecht der Inhalt ist. Mit über 17 000 genderspezifischen Wörtern und über 30 000 geschlechtergerechten Formulie-

rungen (davon über 5000 geschlechterneutrale Formulierungen) steht eine umfangreiche Plattform zur Verfügung. Möchte man sich nicht selbst mit dem Umgestalten und Umformulieren befassen oder ist persönliche Beratung gefordert, helfen Unternehmen, die sich professionell mit Sprache befassen. In einem Genderlektorat werden bestehende Texte auf geschlechtergerechte Formulierungen überprüft und adäquate Vorschläge unterbreitet.

Umdenken für mehr Sichtbarkeit

Wir können nicht nicht kommunizieren und meist täglich schreiben wir – eine E-Mail in der Firma, eine persönliche Nachricht auf dem Handy etc. Beschliessen wir nun, uns die Zeit zu nehmen und ein bisschen umzudenken, sorgen wir dafür, dass niemand mehr übersehen wird. Denn wir alle sollen sichtbar sein. Und wir alle können sichtbar machen. ■

*Claudia Bartholdi ist professionelle Lektorin und Unternehmerin



Michael Winkler
Generalsekretär

Kommentar

Echter Dialog statt Sprachwirrwarr

Frauen sichtbar zu machen, ist ein gutes und wichtiges Anliegen. Und so haben wir der feministischen Linguistik einige Vereinfachungen zu verdanken. Wir sprechen heute von Feuerwehrleuten statt nur von Feuerwehrmännern oder davon, dass jemand den Beruf einer Kauffrau erlernt. Früher waren gewisse Rollen auf ihre männliche Formulierung reduziert (Frau ... ist Kaufmann) und bildeten so die gesellschaftliche Wirklichkeit nur unzureichend ab. Die feministische Sprachkritik hat uns dazu gebracht, Frauen sichtbar zu machen – ohne grosse sprachliche Umtriebe.

Jetzt wird aber mit der Debatte rund um das Gendern der Bogen in den Augen vieler überspannt. Mit sprachfremden Symbolen und Zeichen und umständlichen Sprechpausen hält ein «Gendersprech» in diversen Medien und Verwaltungsinstanzen im deutschsprachigen Raum Einzug, was alles komplizierter macht. Das Hauptziel ist es, das generische Maskulinum abzuschaffen. Dabei wird ausser Acht gelassen, dass das generische Maskulinum nicht diskriminierend, sondern per se neutral ist. Es verwendet lediglich ein maskulines Genus, ist jedoch in Bezug auf den Sexus (das biologische Geschlecht) neutral und umfasst alle Mitglieder einer Gruppe (z.B. Alle Lehrer sind im Lehrerzimmer). Doch das reicht den Verfechterinnen und Verfechtern der Gendersprache nicht. Entweder sollen weibliche Endungen immer gesprochen (z.B. Alle Lehrerinnen und Lehrer sind im Lehrer- und Lehrerinnenzimmer; Alle Lehrer:innen sind im Lehrer:innenzimmer) oder der Begriff soll ganz neutralisiert werden (z.B. Alle Lehrenden im Lehrendenzimmer). Dabei ist es offensichtlich zweitrangig, ob ein Text auch lesbar ist und verständlich bleibt.

Es geht ums Prinzip – zulasten der Kommunikation. Dass mittlerweile auch die Duden-Redaktion solchen umständlichen Wendungen Vorschub leistet, sorgt für Verwunderung. Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist ein zentrales Anliegen zeitgemässer Politik. Die Hoffnung, dass mit grammatisch falschen Eingriffen in die Sprache gesellschaftliche Realitäten angepasst werden können und sich Probleme in Luft auflösen, ist vergebens. Bereits so viele Menschen, ob sprachwissenschaftlich bewandert oder nicht, wehren sich gegen solche Sprachverschandelungen. Schon diese Tatsache lässt darauf schliessen, dass eine Mehrheitsfähigkeit für diesen «Gendersprech» nicht gegeben ist. Je vehementer Sprachanpassungen von oben verordnet werden, desto grösser ist der Widerstand. Sachlicher Dialog wird so erschwert.

Mit Sprachexperimenten wird Symbolpolitik betrieben. Dabei sind zur besseren Sichtbarkeit von Frauen gesunde Mittelwege und Geduld gefragt, wie es auch Claudia Bartholdi von der Frauenunion im Beitrag in dieser Ausgabe beschreibt. So könnte erreicht werden, dass Lesbarkeit und Sichtbarkeit keine Widersprüche mehr sind. ■

Online-Umfrage zu Pflegekosten: Mitmachen!

Die Jugendunion hat mit der Gruppe «Di Neeschta» eine Bevölkerungsumfrage zur künftigen Finanzierung der Pflegekosten in Liechtenstein lanciert. Sie soll der Politik eine Hilfestellung für die Lösungsfindung für die Herausforderungen der Zukunft bieten.



Patrick Bargetze
Vorstandsmitglied
der Jugendunion

Wie finanzieren wir die Alterspflege in der Zukunft? Dieses Thema liegt aktuell noch in weiter Ferne, jedoch vergeht die Zeit ja bekanntlich wie im Flug. Deshalb ist es den Jugendorganisationen Jugendunion und «Di Neeschta» ein wichtiges Anliegen, sich bereits jetzt Gedanken darüber zu machen, wie man die Alterspflege bestmöglich ausgestalten kann.

Wie finanzieren wir die Pflege?

Nach intensiver Auseinandersetzung mit dieser Thematik kamen wir zur Erkenntnis, dass der Bedarf nach Pflege und Betreuung sowie die damit verbundenen Kosten aufgrund demographischer Entwicklungen stetig ansteigen werden. Als politische Vertretung der Jugend von heute möchten wir damit aufzeigen, dass dieses Thema in den nächsten Jahrzehnten zunehmend an Relevanz gewinnen wird und man jetzt schon zumindest einige ver-



Die Umfrage will die Meinung der Bevölkerung zum Thema «Pflegefinanzierung» abholen.

Foto: iStock

schiedene Varianten von Finanzierungsmöglichkeiten in Betracht ziehen sollte. In unserer gemeinsamen Umfrage schildern wir Ihnen kompakt die Situation heute und in der Zukunft und veranschaulichen wichtige Kennzahlen der Pflegekosten.

Anhaltspunkte für den Landtag

Die Ergebnisse dieser Umfrage möchten wir gerne nutzen und dem Landtag präsentieren, damit dieser Themenbereich die Aufmerksamkeit erhält, die er auch verdient. Daher wäre es äusserst

hilfreich, eine Vielzahl ausgefüllter Umfragen zu bekommen. Dies würde ausserdem garantieren, dass der Landtag sich mit einem aussagekräftigen Resultat auseinandersetzen kann und sich weiterhin zunehmend mit der Zukunft Liechtensteins befasst.

Jetzt mitmachen!

Helfen Sie uns jetzt, mit nur 15 Minuten Ihrer Zeit, die Zukunft von Liechtenstein für Sie und Ihre Mitmenschen mitzugestalten! ■

Umfrage: www.pflegekosten.li



Zur Umfrage

Ein spannender Nachmittag mit der Senioren- und der Frauenunion

Erstmals organisiert die Seniorenunion am 14. September gemeinsam mit der Frauenunion ein gemeinsames, offenes Herbsttreffen mit einem interessanten Referat und der Möglichkeit, das Kunstmuseum sowie die Hilti Art Foundation besser kennenzulernen. Eingeladen sind alle Interessierten Personen, die Zeit und Lust haben.



Johann Ott
Präsident
Seniorenunion

Bereits im Herbst 2019 sorgten die Unionen mit ihrem Herbsttreffen für ein Novum. Erstmals waren Senioren-, Frauen- und Jugendunion an der Organisation eines Anlasses beteiligt und sorgten in gemütlicher für einen Höhepunkt in der internen Verständigung. Die Pandemie-Massnahmen führten zu einem Rückschlag in den Bemühungen zu regelmässigeren Treffen. Mit der Entspannung der Corona-Lage werden nun aber auch wieder Anlässe mit einem breiteren Publikum möglich. Deshalb haben sich die Seniorenunion und die Frauenunion für diesen Herbst etwas Besonderes einfallen lassen.

Interessante Einblicke in gemütlicher Atmosphäre

Die Sozialsysteme stellen die westliche Welt mit ihrem demografischen Wandel vor zahlreiche Herausforderung und betreffen praktisch jeden von uns. Mit einem spannenden Blick auf die Geschichte soll den Teilnehmerinnen und Teilnehmern unseres Herbsttreffens eine andere Perspektive auf die Sozialpolitik und die staatliche Fürsorge im Kleinstaat ermöglicht werden. Für dieses bewegende Thema konnten wir mit Dr. Loretta Seglias vom Liechtenstein-Institut eine kompetente Referentin gewinnen, die uns dieses Forschungsfeld in Form eines Werkstattberichts näher bringen wird.



Dr. Loretta Seglias vom Liechtenstein-Institut wird am 14. September mit ihrem Werkstattbericht den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Herbsttreffens das Thema «Die Welt der Sozialpolitik in einem sehr kleinen Staat» näherbringen. Foto: Liechtenstein-Institut

Damit der gesellige Teil nicht zu kurz kommt, haben wir uns dafür entschieden, die Veranstaltung im Café im Kunstmuseum in Vaduz durchzuführen. Hier wird das Team von Walter Hagen für unser leibliches Wohl sorgen. Die Wahl

der Lokalität eröffnet den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zudem, je nach Vorliebe, die Möglichkeit einer Besichtigung des Kunstmuseums, des Engländerbaus und der Hilti Art Foundation. Dabei dürfen wir dankenswerter-

weise auf das kompetente Personal der jeweiligen Institution zurückgreifen.

Wir hoffen, dass möglichst viele Interessierte Frauen und Männer unserer Einladung folgen werden. Aufgrund der Erfahrungen ver-

zichten wir auf eine Anmeldeprozedur. Ich freue mich jedenfalls auf einen lehrreichen Nachmittag und danke meinen Mitorganisatorinnen und -organisatoren, dafür, dass wir das möglich machen können. ■

Treffen der Seniorenunion mit der Frauenunion

Dienstag, 14. September 2021
14.00 Uhr
Café im Kunstmuseum, Vaduz

PROGRAMM

14.00 Uhr TREFFPUNKT

Werkstattbericht von Frau Dr. Loretta Seglias zu einer Forschungsarbeit mit dem Thema «Die Welt der Sozialpolitik in einem sehr kleinen Staat: Fürsorge in Liechtenstein seit dem späten 19. Jahrhundert.»

GESELLIGES BEISAMMENSEIN

Optional führungslose Besichtigung von Kunstwerken im Erdgeschoss des Kunstmuseums und Kunstraum Engländerbau. Bewirtung mit Kaffee und Kuchen im Café Kunstmuseum

15.30 Uhr (optional)
Gang durch die Räumlichkeit im Erdgeschoss des Kunstmuseums

16.00 Uhr (optional)
Führung durch das Museum und Hilti Art Foundation